

Gerechte Entlastung für Rentner – oder auf Kosten der Jungen?

Abstimmung In zwei Wochen stimmt Liechtenstein darüber ab, ob Rentner von der Mindestfranchise bei Arztbesuchen befreit werden sollen. Die Initianten der DpL und Regierungsrat Manuel Frick sind sich nicht einmal bezüglich die Fakten einig.

VON DAVID SELE

Mindestens die ersten 500 Franken der eigenen Arztkosten müssen Krankenversicherte in Liechtenstein jährlich selbst bezahlen. Wer will, kann diese sogenannte Franchise erhöhen, und damit seine monatliche Krankenkassenprämie senken. Eingeführt wurde dieses System mit der 2015 per

Volksabstimmung beschlossenen KVG-Revision. Damals sprach sich das Stimmvolk auch dafür aus, in Sachen Franchise nicht länger zwischen Rentnern und anderen Erwachsenen zu unterscheiden. Zuvor mussten Rentner nämlich nur die Hälfte der Franchise bezahlen. Die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) wollen nun, ebenfalls per Volksabstimmung, wie-

der eine Besserstellung der Rentner erwirken: Wer das Rentenalter erreicht hat, soll komplett von der Franchise befreit werden. So fordert es die Initiative, die fast 3000 Bürger unterschrieben haben.

Die Initiative soll eine Reaktion darauf sein, dass die Renten seit 2011 nicht erhöht wurden. Dies bezeichnet die DpL als «Sozialabbau» und or-

det eine Benachteiligung der heutigen Rentnergeneration. Gesellschaftsminister Manuel Frick widerspricht: Bereits heute finde in der AHV eine Umverteilung von Jung zu Alt statt. Auch in der Krankenversicherung seien Rentner nach wie vor bessergestellt. Das «Volksblatt» hat Frick und die DpL eingeladen, ihre Argumente vorzutragen. **Seiten 8 und 9**